DATENSPEICHERUNG

Opposition fordert Gesetzes-Moratorium

Nach der Eilentscheidung des Bundesverfassungsgerichts, das seit Januar geltende Gesetz zur verdachtslosen Sammlung von Verbindungsdaten durch die Telekommunikationsunternehmen in seiner Anwendung vorläufig einzuschränken, fordern Oppositionspolitiker, das Paragrafenwerk vollständig auszusetzen. „Wir sehen uns in unserer Kritik voll bestätigt“, sagt Grünen-Politiker Hans-Christian Ströbele. „Es wäre klug, die Karlsruher Entscheidung in der Hauptsache abzuwarten.“ Auch die ehemalige Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger hielte es „für eine vertrauensbildende Maßnahme, den Vollzug auszusetzen“, zumal vor dem Europäischen Gerichtshof noch eine Klage gegen das Zustandekommen der zugrundeliegenden Brüs-

MICHAEL TRIPPEL / OSTKREUZ

Ströbele

seler Richtlinie anhängig sei. Von „erheblichem Nachbesserungsbedarf“ spricht der FDP-Europaabgeordnete Alexander Alvaro. Die Karlsruher Entscheidung, die Sammlung von Verbindungsdaten zwar grundsätzlich zuzulassen, ihre Nutzung durch die Behörden aber auf „schwere Straftaten“ zu begrenzen, zeige dies. „Die Regierung sollte die Praxis deshalb stoppen“, so Alvaro. Im zuständigen Bundesjustizministerium sieht man dazu noch keinen Anlass. „Es gibt keine Überlegungen, zum jetzigen Zeitpunkt etwas an dem Gesetz zu ändern“, so eine Sprecherin.

MATTHIAS RIETSCHEL / AP

CDU

Protest gegen Rentenerhöhung

In der CDU gibt es massiven Unmut über die Entscheidung der Großen Koalition, die Rente zur Jahresmitte anzuheben. „Die Sache ist für mich noch nicht entschieden. Ich will, dass darüber nach Ostern eine Debatte geführt wird“, sagte Baden-Württembergs Ministerpräsident Günther Oettinger dem SPIEGEL. „Es muss der Nachweis erbracht werden, dass die Rentenerhöhung nicht zu steigenden Beitragssätzen führt.“ Oettinger ist auch deshalb verärgert, weil Kanzlerin Angela Merkel in der CDU-Präsidiumssitzung vor zwei Wochen das Vorhaben mit keinem Wort erwähnt hatte. „Ich habe von der Erhöhung aus der Zeitung erfahren“, klagte Oettinger. Kritisch äußerte sich auch der sächsische Ministerpräsident Georg Milbradt, der von einer „Entscheidung zu Lasten der kommenden Generation“ sprach. Der CDU-Politiker bezweifelte, ob die Beitragssätze für die Rentenversicherung dauerhaft stabil gehalten werden können. Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) hatte nach einer Einigung mit Merkel angekündigt, den Kürzungsfaktor für die Renten jetzt und im kommenden Bundestagswahljahr 2009 auszusetzen. Zum 1. Juli werden deshalb die Altersbezüge der 20 Millionen Rentner um 1,1 Prozent steigen und damit um rund einen halben Prozentpunkt mehr als eigentlich vorgesehen. „Hier wurde aus wahltaktischen Gründen an der Rentenformel herumgedoktert“, kritisiert der Chef der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung, Josef Schlarmann. „Das ist schön für die Senioren, aber das Gegenteil von nachhaltiger Politik.“

SVEN DÖRING / VISUM

Milbradt

IMAGO STOCK & PEOPLE

Oettinger

REGIERUNG

Minister geizen bei Praktikanten

Während Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) der Wirtschaft vorschreiben möchte, Praktikanten mit abgeschlossener Berufsausbildung künftig „angemessen“ zu bezahlen, geht er selbst mit schlechtem Beispiel voran. „Bitte beachten Sie, dass Praktika nicht vergütet werden“, heißt es in einer Richtlinie. Scholz zeigt sich damit ebenso geizig wie die meisten seiner Kollegen. Lediglich Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD) ist bereit, eine Aufwandsentschädigung zu bezahlen. Bei ihr bekommen Praktikanten 100 Euro brutto im Monat. Hart sind die Bedingungen bei Verkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) und Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU). „Es können keinerlei Kosten für Versicherungen, Unterkunft und Verpflegung und Ähnliches übernommen werden“, heißt es im Verkehrsministerium. Anspruch auf Urlaub besteht nicht, auch wenn sich eine Hospitanz im Wirtschaftsministerium über acht Monate hinziehen kann.